Muhasa: 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, Üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.

Hariç için: Aylık 5, Üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

ILANAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş.
2. » » 75 »
3. » » 50 »
4. » » 30 »

Idarehane: Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland: 1 Monat 1 75 T Pfd 3 Monate 4.75 T Pfd, 6 Monate 8 50 T Pfd, 12 Monate 15 - T. Pfd Ausland 1 Monat 5 - R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark, 6 Monate 25 - R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inserate 1 Seite 1 cm 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch

(INLANDSPREISE)

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr 585-587
Drahtanschr: Turkpost
Fernspr Pera 209 u 210
Postfach Galata 209.

5. Jahrgang Nr. 148 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Sonnabend, 31. Mai 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

SERVICE!

Vom Tage.

Die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, die am 30. Juni vollzogen sein wird, ist ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung unter der Voraussetzung, dass sie als der Ausgangspunkt einer neuen Politik bezeichnet werden kann. Die Zukunft wird also den Beweis dafür liefern müssen, dass die französische Politik, die massgebend für die endgültige Pazifierung sein wird, die logischen Konsequenzen aus jenem Akt zieht, der nach Annahme des Young-Planes für Frankreich zwangsläufig geworden war. Die französische Politik hat konsequent in den letzten Jahren darauf hingearbeitet, dass Frankreich die bevorzugte Stellung, die ihm der Sieg 1918 gebracht hat, dazu benutzt, um auf dem Kontinent herrschend zu bleiben. Weitschauende Staatsmänner haben oft den Gedanken ausgesprochen, dass in der Aera des Völkerbunds alle ihm angehörenden Mächte als gleichberechtigte Faktoren gelten müssen, wenn die Unterscheidung zwischen Besiegten und Siegern wegfallen soll. Das Memorandum Briands bringt diesen Gedanken zwar zum Ausdruck, aber leider nicht mit jener Klarheit und Bestimmtheit, die man hätte erwarten können. Das Memorandum soll der Ausgangspunkt einer Diskussion sein, die man hoffentlich nicht dadurch zu nichte macht, dass man wieder, wie so oft, Gedanken in den Vordergrund drängt, die dem Ideenkreis von Versailles entsprechen und von denen sich der Durchschnittsfranzose nicht gern lossagen will. Der Führer der französischen Sozialisten, Léon Blum, hat dieser Tage in einem viel bemerkten Artikel erklärt, dass das einzige, was in Briands Manifest klar zum Ausdruck komme, der Gedanke der internationalen Sicherheitsorganisation sei.

Was bedeutet das? Vermutlich das Bestreben, alle europäischen Staaten zur Sanktionierung des territorialen Status von 1919 und 1920 aufzufordern, was praktisch dahin führen muß, alle Ungerechtigkeiten, alle wirtschaftlichen Anomalien, unter denen Europa jetzt leidet, zu verewigen. Wenn Briand wirklich auf dieses Ziel lossteuert, wird sein Plan zu keinem praktischen Resultat führen können, denn auch die neutralen Staaten, die nicht am Kriege teilgenommen haben, können unmöglich in ihrer Gesamtheit diesen territorialen Status sanktionieren, weil er gegen die Grundsätze der Wirtschaft verstösst und zusammenhängende Wirtschaftsgebiete willkürlich aus machtpolitischen Gründen zerstückelt und zerrissen hat.

Die Wahrheit will man in Paris nicht erkennen und man wundert sich deshalb über den etwas brutalen Vorstoss, den Mussolini unternommen hat. Man braucht mit Mussolinis politischen Grundsätzen keineswegs zu sympathisieren, aber man muss doch zugestehen, dass er die logische Konsequenz aus dem Verhalten der Siegerstaaten im Völkerbunde zieht und deshalb mit einer vielleicht bedenklichen Offenheit zum Ausdruck bringt, dass seiner Ansicht nach Kanonen, Maschinengewehre, Flugzeuggeschwader und Flotten weit besser und schöner seien als nebelhafte Phrasen, mit denen man so lange nichts anfangen könne, als eben die führenden Staaten in Europa hinsichtlich der Gerechtigkeit nicht mit gutem Beispiel vorangehen. Mussolini bringt also zum Ausdruck, dass im jetzigen Europa mit seinen Ungerechtigkeiten der Gedanke eines förderativen Zusammenschlusses absolut verfrüht sei. In Frankreich nimmt man die Worte des Duce nicht leicht. Aber es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, dass man die praktischen Folgen aus ihnen zu ziehen gewillt ist. In allen Betrachtungen, selbst der linksstehenden Presse, spricht man von grossherzigen Bemühungen eines französischen Staatsmannes, die Konfliktsmomente auf dem europäischen Kontinent zu beseitigen. Aber man sagt nicht, wie man durch Taten hierzu gelangen kann.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 51.— Piaster.

Der Staatspräsident.

Der Staatspräsident wird seine Reise nach Stambul voraussichtlich am 7. Juni antreten.

Die türkische Presse zu Briands Memorandum.

In der „Hakimüjeti Milliye" gibt der Abgeordnete von Serd, Mahmut Bej, in einem Leitartikel seine Ansicht zu dem französischen Memorandum über die „Vereinigten Staaten von Europa" zur Kenntnis. Wir entnehmen dem Aufsatz nachstehende Gedanken:

Die Idee einer Vereinigung der europäischen Nationen ist nicht neu. Sie taucht hin und wieder auf, manchmal als aufrichtiges Ideal, manchmal aber auch verursacht durch politische Interessen. Nun aber will man daran gehen, die Ideen in die Tat umzusetzen. Das Memorandum des französischen Aussenministers, adressiert an die Mitgliedstaaten des Völkerbundes, stellt hierzu den ersten Schritt dar. Für eine Aufnahme des Memorandums bei den Nationen, die Vertrauen und Sicherheit wecken soll, ist es aber nötig, dass der Schritt aus einem aufrichtigen Wunsch nach Frieden geboren würde. Wir wollen daher Inhalt und Zweck des Memorandums aus diesem Gesichtspunkt heraus einer Prüfung unterziehen.

Die Politik die Frankreich seit Versailles verfolgt hat, ist bekannt. Frankreich stellt die Erhaltung der gegenwärtigen Lage die das Resultat des Weltkrieges ist, über alle seine anderen Ziele. Diese Politik hat bisher keine Aenderung erfahren und nach unserer Ueberzeugung ist auch die Anregung zur Gründung eines Bundes der europäischen Nationen nichts als ein weiterer Ausdruck der gleichen Politik. Wer die Ereignisse mit Aufmerksamkeit verfolgt, kann sehen, dass Frankreich die Nachkriegslage um jeden Preis aufrecht zu erhalten wünscht und sogar versucht, sie durch internationale Garantien zu sichern. Bereits bei den Versailler Verhandlungen sollte Amerika der Garant werden. Das Genfer Protokoll und das Abkommen von Locarno sollte dem gleichen Zwecke dienlich sein. Auch der Artikel 16 des Völkerbundpaktes wurde herangezogen. Da aber alle diese Unternehmungen für Frankreich nicht das gewünschte endgültige Ergebnis hatten, wird jetzt ein neuer Versuch mit den „Vereinigten Staaten von Europa" gemacht.

Die Vereinigung der Völker, verknüpft mit dem Alleinherrschen des Friedensgedankens ist gewiss eine grosse Idee. Um jedoch gute Ergebnisse zu erzielen, darf man in der Durchführung nicht irren und muss sich den Gesetzen der Gerechtigkeit unterordnen. Es ist sehr bedauerlich, dass dieser neue Versuch gleich bei Beginn durch einen Mangel gelähmt wird. Es ist ein grosser Fehler, die Völker bei der Einladung zu übergehen, die sich am Völkerbund nicht beteiligt haben. Man könnte sagen, dass dies aus Formalen Gründen absichtlich geschehen sei. Jedenfalls aber mussten die Türkei und Russland aufgefordert werden, sich an dem Unternehmen zu beteiligen. Man könnte sonst annehmen, dass hier geheime Absichten bestehen, und man muss anerkennen, dass die nichtgerufenen Staaten Misstrauen schöpfen und fragen könnten, ob diese Massnahme nicht gegen sie gerichtet sei. Sie könnten auch, beeinflusst durch dieses Misstrauen gezwungen sein, bei den Staaten mit denen sie durch besondere gegenseitige vertragliche Verpflichtungen verbunden sind, geeignete Schritte zu unternehmen.

Die zweckmässigsten Massnahmen sind die, die von Anfang an Vertrauen einflössen. Das Vorhandensein eines bedenklichen Fehlers beim ersten Schritt zur Durchführung einer Idee kann die Hingabe der interessierten Staaten zu dem grossen Ideal vernichten. Es kommt also darauf an diesen Fehler zu vermeiden.—

Erklärungen des Innenministers.

Der Innenminister Schükrü Kaja Bej gab gestern bei seiner Ankunft einige Erklärungen, denen wir folgendes entnehmen:

Der Polizeidirektor Scherif Bej tritt von seinem Posten am 1. Juni zurück und geht wieder in die Armee. Die Stelle wird vorläufig durch den Kaimakan von Bejoglu Ali Risa Bej besetzt werden, bis eine endgültige Ernennung vorgenommen wird.

Die Frage, ob Frauen den Posten eines Wali besetzen können, beantwortet der Innenminister dahin, dass jeder der die nötigen Fähigkeiten besitze auch Beamter und Wali werden könne.

Die Angelegenheit der Derkos-Wassergesellschaft gehöre nicht zu seinem Ressort und sei Angelegenheit des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

Die Handelsvertrags-Verhandlungen.

Der Abgeordnete von Diarbekir Sekia Bej, augenblicklich Chef der türkischen Delegation die mit verschiedenen Staaten in Verhandlungen über Handelsverträge steht, war gestern nach Stambul gekommen und ist mit dem Abendzug wieder nach Ankara zurückgekehrt. Bei seinem Aufenthalt hier gab er unserem Berichterstatter folgende Erklärungen.

Die Verhandlungen mit Dänemark, Oesterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei sind auf gutem Wege. Die Unterzeichnungen werden Voraussichtlich in Kürze stattfinden können. Nach Unterzeichnung dieser Verträge werden Verhandlungen mit Japan, Griechenland und einigen anderen Staaten, mit denen bisher kein Vertragsverhältnis bestand, aufgenommen werden. Die Verhandlungen mit Italien sind abgebrochen. Wann man wieder gegenseitig Fühlung nehmen wird, steht noch nicht fest.

Japan und das Flottenabkommen.

Tokio, 30. Mai (A.A.)

Die Mitglieder des Obersten Kriegsrates für die Marine haben eine Resolution angenommen, in welcher besagt ist, dass die japanische Regierung einen Fehler begeht, wenn sie das Londoner Flottenabkommen unterzeichnen würde.

Um den Prinzen Carol.

Wir entnehmen die nachstehenden Ausführungen dem „Bukarester Tageblatt":

Der „Viitorul" schleudert mit ungebrochenem Kampfesmut Verwünschungen gegen die Regierung, beschuldigt sie mit aller Klarheit und Unzweideutigkeit dunkler Machenschaften gegen die Verfassung und auch die Veröffentlichung der vielumstrittenen Kampfbroschüre gegen den früheren Kronprinzen, die übrigens nur eine Neuauflage längst bekannt gewordener Anwürfe und Angriffe feststellt, wird in offiziellen Parteiorganen der Liberalen fortgesetzt.

In Stadt und Land schwellen die Gerüchte zu ungeahnten Dimensionen an und dringen im Lawinensturz der Weitergabe immer tiefer in das Gebiet unbeschränkter Phantastik.

Gewiss, der grösste Teil der Presse vermeidet es in Befürchtung des behördlichen Einschreitens von einer Carol-Frage zu sprechen. Man spricht nur von der „abgeschlossenen Frage" (Chestia Inchisa). Nun ist wohl gleichgültig, wie man das Kind nennt, umso gleichgültiger, je besser das Kind bekannt ist, und es ist wahrhaftig reichlich bekannt! Erst der Kampf rund um den Carlismus hat eigentlich diesem mehr oder minder abstrakten Begriffe konkreteren Gehalt verliehen und die Geheimnistuerei ist im Begriffe, ihm zu mysteriöser Macht und Einflussnahme im politischen Leben Rumäniens zu verhelfen. Es wiederholt sich die immer und ewig gleiche Geschichte, deren Lehren von jeder Partei anerkannt und verteidigt werden, solange sie in der Opposition ist, und unvermeidlich restlos vergessen werden, sowie sie zur Regierung gelangt. Die Geschichte, deren sich heute die Liberalen mit plötzlich wiedergekehrtem Gedächtnis entsinnen und die die Nationalzaranisten mit ebenso plötzlich abhanden gekommenem Erinnerungsvermögen vergessen zu haben scheinen: je mehr Zügel man der freien Meinungsäusserung anlegt, umso zügelloser wuchert das Gerücht, umso zügelloser und gefährlicher, da es sich jener Kontrolle entzieht, der die freie Meinungsäusserung immer unterstehen muss.

Allen Gerüchten ist aber folgendes entgegen zu halten: Keine der parlamentarisch oder machtpolitisch in Betracht kommenden Parteien Rumäniens hat bisher jemals offiziell für den früheren Thronfolger Stellung genommen und es spricht auch alles dafür, dass dies niemals der Fall sein wird. Alle politischen Parteien haben sich bisher bei jeder Gelegenheit loyal für König Mihai und die Regentschaft erklärt. Alle Parteien, auch die Nationalzaranisten, trotz aller Anwürfe und Beschuldigungen der Liberalen. Nicht in der Stellungnahme für Carol, sondern nur in der Stellungnahme gegen ihn bestehen Nuancierungen und wir glauben, in diesem Falle jenen Recht geben zu müssen, die auch in der Verteidigung der bestehenden Verfassung nicht vergessen, dass der Mensch, der zur Zielscheibe der liberalen Angriffe wurde, Vater des Königs und Bruder des Prinzregenten von Rumänien ist. Wenn man aber auch noch so sehr von irgend welchen Unvollständigkeiten in der Konstruktion des Regentschaftsstatutes sprechen will, so steht dennoch die Tatsache fest, dass König Mihai I. verfassungsmässig unantastbarer König von Rumänien ist, dass nicht die geringste Handhabe, die geringste Möglichkeit zur Erschütterung seines Königtums besteht, und dass bisher alle zuständigen und in Betracht kommenden Faktoren sich darin einig waren, sich schützend vor dieses Königtum zu stellen. Wie wir schon sagten: keine rumänische Partei und kein rumänischer Politiker hat bisher eine Gelegenheit versäumt, sich loyal und feierlich zu König Mihai I. zu bekennen, und es liegt auch nicht der geringste Grund zur Annahme vor, dass Julius Maniu, der Fanatiker des Legalismus, jemals vergessen könnte, dass er für ihn vor der Regentschaft den Treueid als Regierungschef ablegte.

Beim Reichspräsidenten.

Berlin, 30. Mai.

Der Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Vorstand des Vereins für das Deutschtum im Auslande.

Zur russisch-chinesischen Konferenz,

Moskau, 30. Mai.

Die russische Regierung hat zum Führer der russischen Delegation für die demnächst in Moskau stattfindende russisch-chinesische Konferenz den früheren russischen Gesandten in Peking und jetzigen Unterstaatssekretär im Aussenkommissariat, Karachan, ernannt.

Die amerikanischen Rüstungen.

Washington, 30. Mai (AA.)

Der Senat hat den Entwurf des Gesetzes zur Verteidigung, der einen Betrag von 380 Mill. Dollar für die Marine vorsieht, angenommen.

Zaleski in Paris.

Paris, 30. Mai (A.A.)

Der polnische Aussenminister Zaleski ist gestern von London hier eingetroffen.

Ausweisung der verhafteten Anamiten.

Paris, 30. Mai (A.A.)

Die vor einigen Tagen anlässlich einer Demonstration verhafteten Anamiten wurden gestern nach Marseille überführt, von wo sie nach Indochina eingeschifft werden.

Tumulte in Brasilien.

Rio de Janeiro, 30. Mai (A.A.)

Die hiesigen Blätter berichten über einen Konflikt, der sich in Karakol im Staate Menas-Geraes ereignete, in dessen Verlauf es 18 Tote, darunter der Chef der Polizei, und mehr als 30 Verwundete gab.

Tagore über Indien.

Die Herrschaft der „Techniker ohne Tradition".

London, 27. Mai

Der indische Dichter Rabindranath Tagore sprach in London vor einer Versammlung der Vereinigung der Freunde Indiens über die gegenwärtige Lage in Indien. Er erinnerte an eine Unterhaltung, die er seinerzeit mit Ghandi hatte, und kritisiert die britische Verwaltung in Indien, die eine Arbeit von „perfekten Technikern ohne Tradition und menschliche Sympathie" sei. Indien habe viel vom Westen zu lernen, aber es könne das nur, wenn es seine Unabhängigkeit erreicht habe. Der Dichter wies weiterhin auf den in der Einstellung Ghandis eingetretenen Wechsel hin. Während Ghandi früher die Auffassung vertreten habe, daß die politische Abtrennung Indiens von Großbritannien nicht unbedingt notwendig sei, habe er vorigen Jahres auf dem Allindischen Kongreß die Erklärung abgegeben, die völlige Unabhängigkeit Indiens fordert. Er, Tagore, wisse nicht, welche Ereignisse diesen Gesinnungswechsel Ghandis hervorgerufen hätten, aber er sei überzeugt, daß Ghandi auch heute ebenso wie früher starke persönliche Achtung vor dem englischen Vizekönig Lord Irvin besitze. Unglücklicherweise sei aber der Einfluß Irvins gering, und die ganze britische Verwaltung sei eine Maschinerie, in der persönliche Einflüsse keinerlei oder nur eine untergeordnete Rolle spielten. Tagore gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es gelinge, in späteren Monaten einen Ausgleich zwischen Indien und dem Westen zu schaffen.

Weitere Verhaftungen in Indien.

London, 30. Mai (A.A.)

Aus Bombay wird gemeldet, dass 100 Freiwillige die von Bulsar kommend in Dscharschana eingetroffen sind, verhaftet wurden.

In Alahabad hat der Präsident der Kongresspartei ein Kommuniqué, das eine Entschliessung des Provinzial-Kongresses für die Einstellung aller nationalistischen und für die Boykottierung der anglo-indischen Zeitungen enthält, veröffentlicht.

Marinkowitschs Erklärungen.

Sofia, 29. Mai.

Ein grosser Teil der bulgarischen Presse bezeichnet die Erklärungen Marinkowitschs vor Genfer Journalisten über die mazedonischen Vorgänge als eine Kriegsdrohung an Bulgarien oder doch mindestens als eine Ankündigung einer Strafexpedition Südslawiens auf bulgarisches Gebiet für den Fall, dass das mazedonische Revolutionskomitee neue Gewaltakte in Südslawien vornehmen sollte. Man nimmt in bulgarischen Kreisen an, dass Marinkowitsch dabei den Artikel 12 des Völkerbundpaktes im Auge hat, wonach bei einem Streit zwischen Völkerbundsstaaten, der zum Bruch der Beziehungen führt, der „angegriffene" Staat die Streitfrage entweder schiedsgerichtlich erledigen lassen oder dem Rat zur Entscheidung vorlegen muss. Zu Kriegshandlungen darf keinesfalls vor einer „Versöhnungsfrist" von drei Monaten gegriffen werden... das heisst also, dass sich Südslawien berechtigt glaubt, drei Monate nach einer offiziellen Klage in Genf die notwendigen Massnahmen gegen die Organisation der mazedonischen Revolutionäre zu ergreifen. Da Südslawien noch immer den Standpunkt vertreten hat, dass sich die Operationsbasis der revolutionären Mazedonier in Bulgarien befindet, so würden sich demnach die südslawischen Massnahmen der Selbsthilfe gegen Bulgarien richten müssen. Allerdings ist man in Bulgarien überzeugt, dass sich Belgrad letzten Endes doch noch davor hüten wird, wegen der mazedonischen Bewegung zu aussergewöhnlichen Massnahmen zu greifen, denn dann würde sich der Völkerbund erst recht mit den Gründen befassen müssen, die zu dem Zusammenstoss geführt haben, und von einer objektiven und ernsthaften Prüfung der Lage hat Südslawien keine Vorteile zu erwarten.

Das unlösliche Reparationsproblem.

Von Lord Melchett
Präsident der
„Imperial Chemical Industries Ltd."

Der Leiter des größten englischen Industriekonzerns—in Deutschland besser bekannt unter seinem früheren Namen: Sir Alfred Mond — zeigt in den nachstehenden Ausführungen, wohl mit absichtlicher Deutlichkeit, daß man in maßgebenden britischen Wirtschaftskreisen über die Unmöglichkeit des Reparationsproblems — trotz Young-Plan — keinen Zweifel mehr hegt.

Die Schriftleitung.

Durch den nunmehr in Kraft getretenen Young-Plan soll vor allem die Reparationsschuld in stärkerem Maße dem Charakter einer kaufmännischen Verpflichtung angeglichen werden. Nichtsdestoweniger wird diese Schuldumwandlung für längere Zeit nur auf dem Papier bestehen bleiben. Ja, es ist vorläufig noch nicht einmal abzusehen, ob diese Umwandlung jemals in die Praxis übertragen werden wird. Das zeitweise Funktionieren des Dawes-Plan bietet noch keinen endgültigen Beweis für die Durchführung des Young-Planes, denn der Dawes-Plan war nur eine relativ kurze Zeit und unter außergewöhnlichen Verhältnissen in Kraft und es läßt sich daher schwer sagen, ob er oder der an seine Stelle getretene Young-Plan auch über eine längere Zeitspanne überhaupt *in Kraft bleiben kann.*

Meine Gründe für die Behauptung, daß die Umwandlung der Reparationsverpflichtungen in eine kommerzionelle Schuld bis jetzt lediglich auf dem Papier steht, sind die folgenden: Soll diese Umwandlung in der Praxis durchgeführt werden, so muß die endgültige Abdekkung der Reparationsschuld durch Sachleistungen erfolgen. Es ist leicht einzusehen, daß eine Schuld von dieser Größe nicht in Gold abgetragen werden kann. Dazu ist schon die jährliche Gesamtproduktion der Welt an Gold nicht groß genug. Daher kann die Bezahlung letzten Endes nur durch den Umsatz von Gütern erfolgen, in dem die tatsächliche wirtschaftliche Aktivität der Welt zum Ausdruck kommt.

Diese wirtschaftliche Aktivität, die der Kreislauf von Waren und Leistungen darstellt, entsteht aus Zehntausenden einzelner Transaktionen. Die einzelnen Transaktionen ihrerseits sind durch verschiedene voneinander unabhängige Willensäußerungen zahlloser Geschäftsorganisationen, Einzelkaufleute, Teilhaberschaften, staatlicher Körperschaften und so fort hervorgerufen. Bei all diesen Vorgängen spielt der Gedanke an die Existenz einer Reparationsschuld, die abgetragen werden muß, keinerlei Rolle. Jedes einzelne Glied der langen Kette fügt sich lediglich in der Aussicht auf persönlichen Gewinn dem Ganzen ein.

Niemand würde irgend ein Geschäft in der Absicht abschließen, um zwecks Lösung des Reparationsproblems den Export oder Import seines Landes zu steigern. Der nichtdeutsche Kaufmann sieht normalerweise keinerlei Verbindung zwischen seinen geschäftlichen Operationen und dem Reparationsproblem. Wenn das Bestehen eines solchen Zusammenhanges in wirtschaftlicher Hinsicht ihm nicht vollkommen unbekannt ist, so läßt er sich mindestens durch die von ihm gewollte Verbindung absolut nicht in seinen Entschließungen beeinflussen.

Unter diesen Umständen taucht naturgemäß die Frage auf, ob das aus diesen zahllosen verschiedenen Transaktionen resultierende Endergebnis sich mit den Absichten des Young-Planes deckt, wenn die Bilanz zwischen Deutschland und dem Rest der Welt gezogen wird.

Die Zahlung so beträchtlicher Summen der ökonomischen Sphäre der Welt einzugliedern, stellt in sich ein einzigartiges Problem dar.

Gewiß es gibt Beispiele über die Aufnahme ähnlich großer Beträge durch den Kapitalmarkt eines Landes — so das jährliche Einkommen Großbritanniens aus seinen überseeischen Besitzungen, — ein Einkommen, das aus überall in der Welt verstreuten englischen Investierungen fließt. Aber die Geschichte bietet keinen Präzedenzfall für nicht auf kaufmännischem Boden gewachsene